

Herbert Müller

Parteien- oder Verwaltungsvorherrschaft?

Die Kommunalpolitik der Stadt Kempten (Allgäu)
zwischen 1929 und 1953



VERLAG ERNST VÖGEL · 8000 MÜNCHEN 82

1988

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	11
EINLEITUNG	13
1. <i>Thema und Problemstellung</i>	13
2. <i>Linien der kommunalen Entwicklung</i>	21
I. KOMMUNALPOLITIK VON DER WEIMARER ZEIT ZUR NS-ZEIT	33
1. <i>Verwaltung und NSDAP in der Weimarer Zeit</i>	33
1.1 Oberbürgermeister und Stadtverwaltung	33
1.2 Politisierung und Polarisierung in Parteienlandschaft und Stadtrats- arbeit seit den Kommunalwahlen 1929	35
1.3 Die Entwicklung der NSDAP bis 1933	36
2. <i>Die nationalsozialistische Machtübernahme</i>	39
3. <i>Oberbürgermeister, Verwaltung und Kreisleitung 1933—1945</i>	47
3.1 Der nationalsozialistische Stadtrat	47
3.2 NSDAP und Stadtverwaltung	49
3.3 Die lokale Parteiorganisation der NSDAP	53
II. DIE REORGANISATION DER VERWALTUNG UND DER NEU- ODER WIEDERAUFBAU DEMOKRATISCHER PARTEIEN 1945/46	57
1. <i>Das Potential einer kommunalen Gegenelite. Stabilität und Verfall von Resistenzkräften bis zum Ende der NS-Zeit</i>	57
1.1 Die aufgelösten Parteien	57
1.1.1 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	57
1.1.2 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	59
1.1.3 Die Bayerische Volkspartei (BVP)	61
1.2 Die Kirchen	63
1.2.1 Die katholische Kirche	63
1.2.2 Die evangelische Kirche	65
1.3 Die Stimmung der Bevölkerung	68
1.4 Die Verwaltung	72

2. Diskussion über die Führung der Stadt in der „Stunde Null“	73
2.1 Die Ablösung der kommunalen NS-Führungsgruppe und die Kapitulation der Stadt	74
2.2 Führungsansprüche kommunaler Gruppen und Persönlichkeiten	76
2.2.1 Kommunistische und bürgerlich-konservative Kräfte	77
2.2.2 Die Verwaltungsfachleute	79
2.2.3 Die Entscheidungen der Militärregierung	80
2.3 Verwaltung und parteipolitische Gruppierungen im Frühjahr/Sommer 1945	87
2.3.1 Die Stimmung der Bevölkerung	87
2.3.2 Der Versuch zur Konstituierung eines Verwaltungsbeirats und die Stabilisierung der Verwaltung 1945/46	91
2.3.3 Lokale Isolierung und parteipolitische Neu- und Wiederanfänge in Bayern	95
3. Militärregierung, kommunale Eliten und politischer Führungswechsel	101
3.1 Die personelle Zusammensetzung der Militärregierung	102
3.2 Die Kurssuche der Militärregierung gegenüber der kommunalen Elite	103
3.3 Einleitung und Qualitätsverlust der Entnazifizierung	107
4. Das Handlungspotential der kommunalen Gruppen 1945/46 und 1918/19	110

III. DER NEU- UND WIEDERAUFBAU DEMOKRATISCHER PARTEIEN, IHRE ORGANISATORISCHE ENTWICKLUNG UND IHR VERHÄLTNIS ZUR KOMMUNALPOLITIK 1946 — 1952/53 119

1. Die Organisationsentwicklung der Parteien	119
1.1 Die Organisation des Vier-Parteien-Modells	120
1.1.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	120
1.1.2 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	126
1.1.3 Die Christlich-Soziale Union (CSU)	130
1.1.4 Die Freie Demokratische Partei (FDP)	138
1.2 Die „Protest“-Parteien und -Gruppierungen	142
1.2.1 Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)	142
1.2.2 Die Bayern-Partei (BP)	145
1.2.3 Die kommunalen Wählergemeinschaften	150
1.3 Entwicklungsphasen des lokalen Parteiensystems	152

2. <i>Die Einbettung der Parteien in das regionale und lokale Beziehungsnetz</i>	153
2.1 Die Repräsentation der Parteien in den Bezirksorganisationen	153
2.2 Die Vereinigungen im Bezugsnetz der Parteien	156
2.2.1 Die partei-orientierten Vereinigungen	157
2.2.1.1 Die Arbeitervereine im Umkreis der SPD und KPD	157
2.2.1.2 Die konfessionellen und bürgerlichen Vereinigungen	160
2.2.2 Die „überparteilichen“ Einheits-Vereinigungen	164
2.2.2.1 Die lokalen Gewerkschaftsorganisationen	164
2.2.2.2 Die Betreuungsstelle für politisch Verfolgte	165
2.2.2.3 Die überparteilichen Verbände und Vereine	166
2.2.3 Die Entwicklung der Vereinigungsbildung in der Nachkriegszeit	167
3. <i>Analyse des kommunalen Wahlverhaltens und der Wählerbewegungen</i>	169
3.1 Die „lizenzierten“ Wahlen 1946 im Vergleich zu den letzten Wahlen der Weimarer Zeit	169
3.1.1 Die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1946 in ihrer Relation zur Sozialstruktur (1939)	174
3.1.2 Die Wahlergebnisse und die Konfessionsstruktur	179
3.1.3 Wandlungen in der politischen Beteiligung	180
3.2 Die „Protest“-Wahlen 1948—1950	182
3.2.1 Die Stadtratswahlen von 1948 im Verhältnis zur Sozialstruktur der Stimmbezirke	182
3.2.2 Von der Zersplitterung zur Konzentration des Parteiensystems 1948—1952/53	186
4. <i>Ansätze der Parteien zu einer kommunalpolitischen Programmatik der bürgerschaftlichen Selbstregierung</i>	188
IV. VERWALTUNG UND STADTRAT ZWISCHEN WANDEL UND KONTINUITÄT (1946—1952/53)	191
1. <i>Die Organisation der Stadtverwaltung</i>	191
1.1 Der Beginn der Verwaltungsüberleitung in deutsche Hände im Frühjahr 1946	191
1.2 Die Entwicklung des Personalbestandes. Tausch, Rückkehr und Neuzugang von Verwaltungskräften	192
1.2.1 Der Ruf nach Fachleuten	192
1.2.2 Entnazifizierung und „Renazifizierung“ der Stadtverwaltung	193

1.2.3	Die Bedeutung der Verfolgten des NS-Regimes und des 1945 eingewechselten Verwaltungspersonals in der Stadtverwaltung	200
1.2.4	Flüchtlinge und Vertriebene in der Stadtverwaltung	202
1.2.5	Wandel und Kontinuität im Personalbestand der Verwaltung	203
1.3	Die Oberbürgermeister der Nachkriegszeit und die Stadtverwaltung	204
2.	<i>Der Stadtrat</i>	208
2.1	Die parteipolitische Zusammensetzung des Stadtrats und seine Stellung in der kommunalen Öffentlichkeit	208
2.2	Die Sozialstruktur des Stadtrats von der Weimarer Zeit zur Nachkriegszeit (1929–1956)	214
2.2.1	Die Berufsstruktur	214
2.2.2	Die Konfessionsstruktur	222
2.2.3	Die Altersstruktur und die Präsenz kommunalpolitischer Persönlichkeiten der Weimarer Zeit im Nachkriegsstadtrat	226
2.2.4	Die geschlechtsspezifische Zusammensetzung	228
2.2.5	Flüchtlinge und Vertriebene und ihre Gruppierungen im Stadtrat seit 1948	228
2.3	Die Rathausparteien im regionalen Vergleich	230
3.	<i>Verwaltung, Stadt, kommunale Interessengruppen und regionale Verwaltungsstruktur</i>	248
3.1	Die Stadtverwaltung zwischen Führungsfunktion und Eigendynamik der Interessengruppen	248
3.2	Die Stadt im regionalen Verwaltungsaufbau	254
3.2.1	Kommunale Verwaltung und regionale Verwaltungsstruktur der Militärregierung	254
3.2.2	Die kommunale Verwaltung in der regionalen deutschen Verwaltungsstruktur	258
4.	<i>Selbstverwaltung der Beamten und Selbstregierung der Bürger als Alternativen</i>	259
V.	DAS WOHNUNGSWESEN ALS BEWÄHRUNGSFELD KOMMUNALER FÜHRUNGSGRUPPEN AUS PARTEIEN UND VERWALTUNG VON DER WEIMARER ZEIT ZUR NACHKRIEGSZEIT	265
1.	<i>Parteien und Administration der Weimarer Zeit vor dem Problem der Wohnungsnot</i>	265

2. <i>NS-Partei- und Verwaltungskräfte in Kooperation und Konflikt</i>	267
2.1 Die Zeit der Kooperation 1933—1939	267
2.2 Die Frage der Eingemeindung St. Mangs und der Konflikt um Baugrund und Erbhofbesitz 1941/42	270
3. <i>Der Effizienzanspruch an Parteien und Verwaltungskräfte in der Nach- kriegszeit</i>	273
3.1 Die Wohnungsnotlage	273
3.1.1 Der Zwist um das Verfügungsrecht auf Wohnraum	275
3.1.2 Die Entwicklung des Wohnraumbestandes 1945—1949/50	282
3.1.3 Die Debatte um die Wohndichte	284
3.2 Die Organisation des Wohnungswesens und die öffentliche Diskus- sion um seine Amtsträger	286
3.3 Die Wohnraumbeschlagnahme durch die amerikanische Besatzungs- macht im Jahr 1948	287
4. <i>Die „Entpolitisierung“ der Kommunalpolitik am Beispiel des Wohnungswesens</i>	294
 PARTEIEN- VERSUS VERWALTUNGSVORHERRSCHAFT VON DER WEIMARER ZEIT ZUR NACHKRIEGSZEIT	 299
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	303
ABBILDUNGEN: GRAPHIKEN, TABELLEN, SCHAUBILDER UND STATISTIKEN	307
ANMERKUNGEN	311
QUELLENVERZEICHNIS	399
LITERATURVERZEICHNIS	413
PERSONENREGISTER	445

Vorwort

Die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität von der Weimarer Zeit zur NS- und Nachkriegszeit bzw. nach dem Demokratisierungspotential während der Besatzungszeit zählt zu den kontrovers diskutierten Themen der Zeitgeschichte und der modernen Politikgeschichte. Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Regionalgeschichte“ der Universität Augsburg versucht die Studie, diesem Problem am Beispiel der Stadt Kempten (Allgäu) nachzugehen. Die Stadt bot sich für eine Fallanalyse an, einerseits wegen ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturdaten im bayerisch-schwäbischen Raum und andererseits wegen der sehr umfangreichen Quellen sowohl zum gesamten Untersuchungszeitraum als auch zum Forschungsaspekt „Parteien- oder Verwaltungsvorherrschaft?“.

Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. (Metz) Josef Becker gilt an erster Stelle mein herzlicher Dank. Er hat die Dissertation angeregt und mit stetem Interesse wohlwollend und umsichtig begleitet. Wertvolle Hinweise verdanke ich zudem Priv.-Doz. Dr. Walther L. Bernecker. Freundliche Untertützung gewährte auch Herr Prof. Dr. Pankraz Fried, der mit seinem Wissen aus der Landesgeschichte zur Seite stand.

Viele Bürger und Organisationen der Stadt Kempten sowie Oberbürgermeister Dr. Josef Höß unterstützten aufgeschlossen meine Recherchen. Der Leiter des Stadtarchivs und Heimatpfleger, Dr. Wolfgang Haberl, stellte sehr freundlich und mit großer Liberalität die Akten des Archivs zur Verfügung. Unter den weiteren Archiven, die ich benutzen durfte, danke ich besonders dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, wo mir mit entgegenkommender Offenheit Einsicht in die Akten der amerikanischen Militärregierung gewährt wurde.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 1985/86 von der Philosophischen Fakultät II der Universität Augsburg als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung kürzte ich sie erheblich. Die Schreivarbeiten übernahm sehr gewissenhaft und umsichtig Frau Gerda Kühn. Die Kosten konnten zu einem Teil mit dem Preis des Bezirkes Schwaben bestritten werden, mit dem die Arbeit im Sommersemester 1986 ausgezeichnet wurde.

Glücklich schickte sich die Aufnahme der Dissertation in die „Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg“ durch die Herausgeber. Herrn Dr. Volker Dotterweich gilt dabei mein herzlicher Dank. Er war schon während der Niederschrift zu wissenschaftlichen Anregungen bereit und förderte nun als verantwortlicher Redakteur der Schriftenreihe die Drucklegung. Aufrichtig sei dabei auch dem Verlag Ernst Vögel gedankt für die stets erfreuliche und entge-

genkommene Zusammenarbeit. Die Drucklegung konnte allerdings erst mit einem großzügigem Druckkostenzuschuß der Universität Augsburg und der Stadt Kempten realisiert werden.

Die Doktorarbeit widme ich meiner Mutter, die mir das Studium ermöglichte, und meiner Frau Eva-Maria, die mich während meiner Forschungen ermunternd, mit anregendem Interesse und Geduld begleitete.

Augsburg, im Dezember 1987

Herbert Müller

I. Kommunalpolitik von der Weimarer Zeit zur NS-Zeit

1. Verwaltung und NSDAP in der Weimarer Zeit

1.1 Oberbürgermeister und Stadtverwaltung

Die Kemptener Stadtverwaltung stand seit Beginn des Jahres 1919 unter der Leitung von Dr. Otto Merkt, der am 2. Dezember 1918 vom Gemeindegremium einstimmig zum Bürgermeister gewählt worden war. Da das Gesetz über die Selbstverwaltung vom 22. Mai 1919 das Zweikammersystem mit dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten und dem Verwaltungsorgan bzw. Magistrat aufhob und durch das „Einkörpersystem“ ersetzte, war ein neuer Wahlgang notwendig. Zugleich führte das Gesetz die Volkswahl der Bürgermeister ein.¹ Am 15. Juni 1919 wurde Merkt mit 6049 von 6084 abgegebenen Stimmen von der wahlberechtigten Bevölkerung im Amt bestätigt. Merks erste kurze Amtszeit von Februar bis Juni 1919 hatte in den Augen der Bürger bereits seine Vertrauenswürdigkeit gezeigt. Daher unterstützten ein „Bürgerverein“ der bürgerlichen Parteien (Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratischen Partei und Nationalliberale), aber auch die Sozialdemokratische Mehrheitspartei seine Wiederwahl.² Der promovierte Jurist, Finanz- und Verwaltungsfachmann — von 1914 bis 1917 hatte Merkt zudem als 2. Bürgermeister in München kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt — verschaffte sich mit seiner Verwaltungsführung schnell Anerkennung in der Stadt.

Als geborener Kemptener identifizierte er sich mit der Entwicklung der Stadt und ihrer Verwaltung. Die Gemeindeordnung, welche dem Bürgermeister den Vorsitz im Gemeinderat und in den Ausschüssen, die Befugnis zur Geschäftsverteilung, zum Erlaß dringender Anordnungen und zur Vertretung der Gemeinde nach außen übertrug, das überaus deutliche Votum der Bevölkerung und der Parteien sowie die allgemeine Anerkennung seiner Amtsführung gaben Merkt eine dominante Stellung in der Leitung der Stadt.³ Von ihm gingen die Initiativen zur Stärkung der kommunalen Wirtschaft und, angesichts der kommunalen Wohnungsnot, auch zum Wohnungsbau aus. Zugleich konnte er die Geschäfte der Stadtverwaltung zur Zufriedenheit des Stadtrats und der Bevölkerung koordinieren. Merkt leitete nicht nur die Bürokratie autokratisch. Auch im Stadtrat suchte er seinen „überparteilichen“ Willen durchzusetzen: „Seine kommunalpolitischen Methoden hätten vermutlich weitgehend den Beifall Macchiavellis gefunden“, urteilte ein Biograph und Zeitzeuge.⁴ Merkt fühlte sich als lokaler Honoratior, dem nach eigener Überzeugung eine Karriere bis an die Verwaltungsspitze eines Ministeriums, vermutlich des Finanzministeriums, offenstand. Er verlangte wegen seiner Arbeitsbeschränkung auf Kempten einen Respekt, der ihn wie selbstverständlich weit über alle

Mitstreiter in der Vertretung kommunalen Interessen hob. Die Geltung dieses Anspruchs drückte sich denn auch in seinem Vorsitz im Kreis- und Bezirkstag für Schwaben und Neuburg aus.⁵

Merkts vertrat ein ständisches Ordnungsprinzip, demzufolge er in seiner Funktion als „Bürger-Meister“ über alle Bürger gestellt war. Zugleich war er der Auffassung, die kommunale Selbstverwaltung vertrage sich nicht mit pluralistischer Parteipolitik. Gerade die parteipolitischen Kontroversen im Stadtrat verlangten nach einer „überparteilichen“, autokratischen Führung des Bürgermeisteramtes.

Am 5. 7. 1929 gewährte ihm der Stadtrat, nachdem die Volkswahl für Gemeinden mit über 3000 Einwohnern 1924 abgeschafft worden war, einstimmig die Unwiderruflichkeit als Bürgermeister. Die Bayerische Gemeindeordnung gab in besonderen Bestimmungen die Möglichkeit, die zehnjährige Amtszeit des Bürgermeisters auf Lebenszeit zu verlängern. Damit wuchs Merkts Autorität in der Stadtverwaltung weiter. Seit 1928 führte er den Titel „Oberbürgermeister“. In seiner Stellung gestärkt lehnte er im Jahre 1929, kurz vor der Gemeindewahl, eine Erhöhung der Zahl der Stadtratsmitglieder in der Sorge ab, der Stadtrat werde dadurch noch „mehr politisiert“.⁶

Wie die anderen Parteien, so hatte auch die NSDAP bis 1933 kaum Einfluß auf die Stadtgeschäfte. Ohnehin konnte Merkt in dem weitgehend von konservativen, bürgerlichen Parteien geprägten Stadtrat stets mit einer Mehrheit für seine Initiativen rechnen. Schon wegen seiner Zugehörigkeit zur altkatholischen Kirche befand er sich jedoch immer in Distanz zur BVP und zählte sich zur nationalen, konservativ-liberalen Elite aus dem gehobenen, akademisch gebildeten Bürgertum. Als maßgebende Persönlichkeit im lokalen Beziehungsgeflecht schuf er um sich und die städtische Verwaltung mit der Akademischen Ferienvereinigung Algovia, dem Milchwirtschaftlichen Verein und der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Kempten GmbH ein dichtes Netz aus persönlichen, berufsständischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die seine Amtsführung absicherten. Er erhob den Anspruch, die kommunale Ordnung schlechthin zu repräsentieren. Neben der Verwaltung sah er nur noch in der Reichswehr — in Kempten war das 1. Gebirgsjägerbattalion stationiert, in dem er selber gedient hatte — einen Hüter der rechtlichen und staatlichen Ordnung.⁷

Die Dominanz der Persönlichkeit Merkts in der Kemptener Stadtverwaltung blieb während der gesamten Weimarer Zeit bestehen. Das hatte zur Folge, daß sich die politischen Parteien in der Kommunalpolitik nicht profilieren konnten. Ihre Tätigkeit im kommunalen Raum blieb weitgehend auf den gesellschaftlichen Bereich beschränkt.

1.2 Politisierung und Polarisierung in Parteienlandschaft und Stadtratsarbeit seit den Kommunalwahlen 1929

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die Bildung eines ersten Präsidialkabinetts gaben der Auflösung und Zerstörung der Weimarer Demokratie einen weiteren Schub. Der kommunale Wahlkampf 1929 deutete bereits eine Verschärfung der politischen Fronten an. Das Ergebnis machte die Polarisierung offenkundig: SPD (6 Sitze), BVP (6 Sitze) und NSDAP (2 Sitze) konnten ihre Stimmenanteile deutlich vermehren, während die Vereinigte Bürgerliche Liste (3 Sitze) aus Deutscher Demokratischer Partei und Bürgerverein Kempten e. V. mit ihren Vorsitzenden Dr. Otto Thiem, Friedrich Spengelin, Ferdinand Geißler, Max Bröll und Dr. Hans Stölzle deutliche Verluste hinnehmen mußte. Die SPD, die den Wahlkampf unter den Themen „Wohlfahrt, Wohnungsbau, Schule“ geführt hatte, profitierte von Konflikten, die zwischen BVP und Vereinigter Bürgerlicher Liste unmittelbar vor den Kommunalwahlen ausgebrochen waren. Die KPD hatte sich nicht zur Wahl gestellt. Die folgenden Landtags- und Reichstagswahlen sollten die Polarisierung der Parteien beschleunigen.⁸ Die Mitgliederentwicklung der Parteien in dieser Zeit läßt sich nicht rekonstruieren. Die Generalversammlungen der Bezirksgruppe Kempten-Stadt der BVP unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Franz Xaver Kämmerle meldeten nur allgemein weiter steigende Mitgliederzahlen. Auch für die Kemptener SPD, die seit 1929 Anton Schedel als Nachfolger von Albert Wehr leitete, und für die NSDAP, welcher 1929 Major a. D. Georg Lippert vorstand, lassen sich keine Mitgliederzahlen ermitteln. Oberbürgermeister Merkt meldete allerdings in seinen Halbmonatsberichten an den Regierungspräsidenten in Augsburg eine zunehmende Zahl von politischen Versammlungen, was auf eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung schließen läßt. Eine kommunistische Zeitung war im Umlauf, die Kommunisten hielten wiederholt Versammlungen ab. Sozialdemokratische Versammlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Högner und Reichstagspräsident Paul Löbe waren sehr gut besucht. Für die BVP sprach u. a. Reichsarbeitsminister a. D. Heinrich Brauns. Auch der Allgäuer Stahlhelmtag Mitte Juni 1931 erregte großes Aufsehen. Seit 1931/32 befanden sich SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner in einer Krise, kämpften aber heftig gegen den „Rechts- und Links bolschewismus“ in Form der lokalen NSDAP und der KPD mit ihrer Zeitschrift „Kempter Mosaik“. Mitte Februar 1932 formierte sich die Eisene Front.⁹

Die zunehmende Politisierung und Polarisierung schlug sich in zahlreichen gegensätzlichen Anträgen zu den kommunalen Aufgabenbereichen und der Finanzwirtschaft nieder. Oberbürgermeister Merkt geriet wiederholt in diese Gegensätze. Er stimmte laut in die Klage über die Krise der kommunalen „Selbst-Verwaltung“ im Parteienstaat ein.¹⁰ Bis 1930 errangen allerdings KPD und NSDAP zusammen bei den Reichstags- und Landtagswahlen in Kempten nur knapp 30 Prozent, d. h.

daß es eine Mehrheit für die Parteien gab, die das demokratische System trugen. Während der sich verschärfenden Gesellschafts- und Staatskrise und ihrem Höhepunkt 1932 lehnten dann aber über 40 Prozent der Bevölkerung den Staatsaufbau ab. Insbesondere von seiten der NSDAP drohte der vernichtende Stoß gegen die demokratische Ordnung.

1.3 Die Entwicklung der NSDAP bis 1933

Am 28. 11. 1922 gründeten Hermann Esser und dreiundzwanzig andere „Mitkämpfer“ auf der Burghalde die nationalsozialistische Ortsgruppe Kempten-Stadt. Sie hatte ihren organisatorischen Mittelpunkt im Gebiet der ehemaligen Reichsstadt, und zwar in der unmittelbaren Umgebung der evangelischen St. Mang-Kirche und des Rathauses. Unter der Geschäftsführung des Drogeriebesitzers Adalbert Salzer wurde die Ortsgruppe bis zum Oktober 1933 nicht weiter untergliedert. Im November 1923 zählte die NSDAP 269 Mitglieder.¹¹ Mit dem Verbot der Partei im selben Jahr erlitt die nationalsozialistische Bewegung auch in Kempten und Umgebung einen Einbruch. Der Völkische Block, der am 16. 2. 1924 als Nachfolgeorganisation an die Öffentlichkeit trat, verlor nach großen Erfolgen bei den Landtags-, Reichstags- und z. T. auch Gemeindewahlen an Bedeutung. Damals trat in Altusried der spätere Kreisleiter der Stadt Kempten, Anton Brändle, aus der NSDAP aus. Zu den aktiven Vertretern der NS-Bewegung gehörten in den folgenden Jahren bis 1929/30 der Rechtsanwalt und Justizrat Ludwig Strefler, der 1924 34 Nummern des völkischen Kampfblattes „Föhn“ herausgab — 1936 diente er der Stadt nebenamtlich als Rechtsrat —, der Lehrer Paul Miller sowie Reichsbahninspektor Oskar Esser, der Vater Hermann Essers.¹²

Auch wenn die Ergebnisse der NSDAP bei den Kommunalwahlen 1929 hinter manchen Voraussagen zurückgeblieben, deutete sich ein weiterer Stimmengewinn an. Schon 1926 stellte Merkt zum Redeverbot für Hitler fest:¹³

„Wenn in Kempten Hitler, der schon früher einmal hier gesprochen hat, ohne daß die Ordnung gestört worden wäre, sprechen wollte, wären wohl 70% der Bevölkerung auf seiner Seite, so daß Schutzmannschaft und Gendamerieverstärkung nicht hinreichen würden, sein Auftreten zu verhindern.“

Mit dem neuen Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung trat Anton Brändle am 1. 3. 1930 wieder in die NSDAP und auch in die SA ein. Brändle, der in Kempten das Gymnasium besucht sowie ein Semester an der Handelsakademie studiert hatte und nun in seiner Heimatgemeinde Altusried einen Kolonialwarenladen führte, entwickelte sich zu einem fanatischen Propagandisten der nationalsozialistischen Ideologie. Er trat als Gauredner der Partei auf und wurde im September 1932 zum Sturmbannführer der SA befördert. Im März 1933 erzielte die NSDAP

in Altusried 61,9% der abgegebenen Stimmen. Der Stimmenanteil lag weit über dem Durchschnitt im Bezirk (50,2%) und hob Brändle über parteipolitische Mitstreiter im Bezirk hinaus. Bei der Neubildung der Gemeinderäte, die sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahl zu vollziehen hatte, übernahm Brändle das ehrenamtliche Bürgermeisteramt, das er bis 1943 führen sollte. Seit 1933 hatte er dann auch Sitz und Stimme im Bezirkstag Kempten und im Kreistag für Schwaben und Neuburg bzw. seiner Nachfolgeorganisation, dem Bezirksverband Schwaben. Später, im Spruchkammerverfahren, bezeichnete sich Brändle selbst als „idealistischen“ und „fanatischen Aktivisten“, der die NS-Bewegung und die Parteiorganisation streng nach dem Führerprinzip lenkte und enge Fühlung mit den Parteimitgliedern hielt. Doch verhielt er sich offenbar korrekt gegenüber Nichtparteiengenossen und achtete auf die Einhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in der Stadt.¹⁴

Sprunghaft erzielte die Kemptener NSDAP, die 1929 nur für Oskar Esser und Paul Miller Stadtratssitze errungen hatte, bei den Reichstagswahlen seit September 1930 erhebliche Gewinne. Hermann Esser war sicherlich das Aushängeschild der nationalsozialistischen Bewegung in Kempten.

Als Gründungsmitglied der NSDAP mit Mitgliedsnummer zwei zählte er bis in das Jahr der Machtübernahme hinein zum engsten Kreis um Hitler. Später wurde er bayerischer Wirtschaftsminister (1933–1935) und ab 1935 Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichspropagandaministerium. Mit seiner Hilfe trug die NSDAP zum ersten Mal im Juli 1932 einen Sieg über die bislang stärkste lokale Partei, die BVP, davon. Sein Engagement kurz vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 bewirkte eine Wiederholung dieses Wahlerfolges. Sympathien errang die lokale NSDAP auch wegen ihrer Verbindungen zur Wehrmacht.

Abb. 7: Wahlergebnisse der NSDAP im Stadtkreis und im Bezirk Kempten bei den Reichstagswahlen von September 1930 bis März 1933¹⁵

	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
Stadtkreis	24,4%	33,0%	28,1%	37,1%
Bezirk	16,7%	34,5%	31,8%	50,2%

Doch erreichte die NSDAP in der Stadt, anders als im Bezirk, nicht die absolute Mehrheit der Stimmen. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 erfocht sie in achtzehn der vierundzwanzig Stimmbezirke der Stadt die relative Mehrheit. Doch nur in fünf Stimmbezirken kletterte ihr Anteil über die 40%-Marke (Luitpold, Bauerntanz, Deutscher Kaiser, Traube-Altstadt, Keck). Den größten Wahlerfolg erzielte sie im Stimmbezirk „Deutscher Kaiser“ mit 48,68%. Hier verlor die BVP (16,49%) große Teile ihres Anhangs, und die SPD konnte sich mit 11,41% der

Stimmen nur leicht stabilisieren. Der Stimmbezirk, der am Rande des ehemaligen Reichsstadtgebiets und mit einigen Straßen in der Nähe der Burghalde, der Gründungsstätte der NSDAP-Ortsgruppe lag, zeigte nach dem Einwohnerbuch von 1939 folgende Sozialstruktur:¹⁶

Abb. 8: Sozialstruktur des Stimmbezirkes „Deutscher Kaiser“ in Kempten 1939

Berufsgruppen	Freie Berufe	Unternehmer	Naturwissenschaftler	Lehrer u. sonst. akad. B.	Juristen	Grad. Ing.	Leitende Angestellte	Mitrl. u. kl. Selbst.	Beamte, geh. Dienst	Beamte, mittl. Dienst	Beamte, einf. Dienst	Qualifizierte Büroang.	Ausführende Büroang.	Qual. techn. Ang.	Ausf. techn. Ang.	Ang. i. Dienstleistungsb.	Höchstqual. Arbeiter	Facharbeiter	An-/Ungelernte Arb.	Arb. i. Dienstleistungsb.	Hausfrauen/Witwen	Bauern/Landwirte	Funktionsträger	ohne Angabe
Anzahl d. Bürger	7	3	—	6	4	2	12	3	7	3	19	8	1	1	1	3	24	25	17	8	28	—	—	—

Der Stimmbezirk, der auch einige Geschäftsstraßen umfaßte, wies im Vergleich zur gesamten Sozialstruktur der Stadt keinen überdurchschnittlichen Anteil bestimmter Berufsgruppen auf.

Im Stimmbezirk „Roter Hahn“, in dem die Sozialdemokraten traditionell Stimmführer waren, konnte sich die NSDAP trotz erheblicher Stimmengewinne nicht durchsetzen. Ebenso behielt die BVP in fünf anderen Stimmbezirken (Rosenau, Kleiner Xaverl, Rose-Neustadt, Frühlingsstraße, Geflügeltes Rad), die unweit der katholischen Kirchen lagen und deren Bevölkerung religiös gebunden war, die Oberhand. Doch auch hier erzielte die NSDAP große Stimmengewinne. Im Durchschnitt aller Stimmbezirke erreichte sie 37,06%

Abb. 9: Kemptener Stimmbezirke mit überdurchschnittlichen Stimmenanteilen der NSDAP bei den Reichstagswahlen im März 1933¹⁷

Stimmbezirk	Stimmenanteil	Stimmbezirk	Stimmenanteil
Luitpold	43,2%	Klosterhof	38,3%
Bauerntanz	40,5%	Keck	41,7%
Tannenbaum	37,1%	Kreuzgarten	39,5%
Deutscher Kaiser	48,7%	Kreuzstraße	38,3%
Traube-Altstadt	42,7%	Stachus	39,2%

Die hohen Gewinne im Stimmbezirk „Roter Hahn“, den ein relativ hoher Arbeiteranteil prägte und in dem die SPD favorisiert wurde, sowie die Wahlerfolge

in Stimmkreisen, die ursprünglich von der BVP beherrscht wurden, zeigen, daß sich die lokale NSDAP wie im Reich zu einer „Integrationspartei“ entwickelt hatte, die Wähler aus allen Schichten der Bevölkerung anzog. Dessenungeachtet erkämpfte sie sich im alten und neuen Mittelstand besonders viele Stimmen.¹⁸ Man kann auch vermuten, daß die NSDAP wie auf Reichsebene 1933 eher bei den evangelischen Bevölkerungskreisen Anhang gewinnen konnte als bei den katholischen, doch läßt sich diese Annahme für Kempten nicht belegen. 1933 stieg die Mitgliederzahl der Kemptener NSDAP wie bei den anderen Ortsgruppen in Schwaben abrupt an.¹⁹

2. Die nationalsozialistische Machtübernahme

Die Vorgänge um die nationalsozialistische Machtübernahme in Kempten vermitteln einen guten Einblick in die kommunale Machtstruktur. Sie zeigen einerseits, inwiefern sich die kommunale Leitung der Verwaltung auf eine gewachsene, gesicherte Position im kommunalen wie regionalen Beziehungsgeflecht berufen und sich so selbst gegenüber Parteieinflüssen von seiten der NSDAP behaupten konnte, und andererseits, inwieweit sie aus dieser Stellung heraus während der NS-Zeit den Ansprüchen der NSDAP in Personalangelegenheiten nachgeben und sich dem Regime anpassen mußte.

Am 9. März 1933 hißten SA- und SS-Truppen auch auf dem Kemptener Rathaus die Hakenkreuzfahne. Ein Gauredner hielt vom Balkon des Rathauses eine kurze Ansprache vor einer Menschenmenge, deren Zahl in die Tausende ging. Er sprach von dem Entschluß des deutschen Volkes, dem „Volks- und Freiheitskanzler“ Adolf Hitler zu folgen, und schloß seine Ausführungen mit einem „Treuegelöbnis zu Adolf Hitler und dem nationalen Deutschland“. SA, SS und die versammelten Kemptener Frauen und Männer bekräftigten dieses Gelöbnis mit Sieg-Heil-Rufen. Zuletzt sangen sie begeistert, während sie die Hände zum Hitlergruß erhoben, das Horst-Wessel-Lied.²⁰

Trotz seiner nationalistischen Einstellung verwahrte sich Bürgermeister Markt aus rechtlichen Gründen und aus Sorge um die von ihm repräsentierte „überparteiliche Selbstverwaltung“ strikt gegen die Flaggenhissung. Er hätte dem Recht sogar mit Gewalt Nachdruck verliehen, wenn nicht die bayerische Regierung und der Stadtkommissar den Einsatz der Polizei verweigert hätten. Zu seinem Bedauern durfte zudem die Reichswehr unter Oberstleutnant Dietl nicht eingreifen,²¹ denn sie sollte sich auf Weisung ihres Oberkommandos in einem Konflikt zwischen den bayerischen Behörden und der NS-Bewegung politisch neutral verhalten.

Dietl war als überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus bekannt. Daß Merkt ihn zu Hilfe rief, zeigt nur seine Sorge um öffentliche Ruhe und Ordnung in der Stadt sowie seinen Willen zum Schutz der Rechtsverhältnisse, ist jedoch nicht Ausdruck einer prinzipiellen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Am 4. April 1933 erklärte er gegenüber der lokalen NSDAP-Führung: „Ich schätze ihre Bewegung und Sie wissen nicht, wieviel Sympathie in diesem Raum [Kempten und dem Allgäu] für Sie ist. Doch die Hakenkreuzflagge war noch nicht die gesetzliche.“²² Aber nach wie vor wollte er die staatliche und städtische Verwaltung vor parteipolitischen Einflüssen und somit auch vor der NSDAP schützen. Drei Tage später, als Merkt bereits an eine Beruhigung der Lage glaubte, entwickelte sich ein Konflikt um seine Persönlichkeit, der zu einem grundsätzlichen Machtkampf zwischen der städtischen Verwaltung und den nationalsozialistischen Organisationen NSDAP und SA führte.

Als Merkt die Enthaltung des Kemptener Reichsbannerführers und SPD-Stadtrats Albert Wehr zuließ und er daraufhin von Max Köglmaier, einem Parteifunktionär im bayerischen Innenministerium und späteren Staatssekretär, mit der Bemerkung gerügt wurde, sein Verhalten sei „nicht qualifizierbar“, sandte er einen Beschwerdebrief an Generalleutnant Ritter von Epp, den Beauftragten der Reichsregierung in München, der mit folgenden Worten schloß:²³

„Ich glaube nicht, daß ein solches Verhalten der zuständigen Herren in München gegenüber alten Beamten, die in schwerster Zeit ihre Pflicht tun, die Sympathien für die neue Regierung vermehrt. Solche Sympathien wird sie aber brauchen. Ich habe schon die Revolution 1919 gegen den Arbeiter- und Soldatenrat mitgemacht, bin aber niemals so behandelt worden wie diesmal . . . Wenn man mich nicht kennen sollte, so erkundige man sich bei meinem Freund und Kollegen, Oberbürgermeister Siebert, oder beim Führer der hiesigen nationalsozialistischen Stadtratsfraktion, Herrn Esser, über meine Einstellung in nationalen Dingen.“

Am nächsten Tag stürmte SA das Rathaus. Merkt wurde für abgesetzt erklärt und in seiner Wohnung von zwei schwerbewaffneten jungen Männern kurzzeitig in Schutzhaft genommen. Doch sofort setzte sich Staatskommissar Hermann Esser in München für ihn ein. Auf seine Anweisung hin wurde Merkt nach wenigen Stunden wieder freigelassen, und noch am nächsten Tag konnte er seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen.²⁴

Wenige Tage später verurteilte Oskar Esser entschieden das Vorgehen der SA gegen den Bürgermeister und entschuldigte sich „namens der Partei“ bei Merkt. Weiter erklärte er sich bereit, durch eine Richtigstellung in der Presse Merkts Integrität öffentlich wiederherzustellen. Wegen des Eingreifens von Oskar und Hermann Esser spaltete sich die lokale Parteiorganisation in rivalisierende Gruppen, die sich über die Amtsführung Merkts nicht einigen konnten. Eine Parteikom-

mission unter der Leitung des SA-Sonderbeauftragten für Schwaben, Major Ritter von Schöpf, verhandelte darauf mit der NSDAP-Führung über den Ausschluß derjenigen Männer, welche die Absetzung Merkts initiiert hatten. Tatsächlich wurden in diesem Zusammenhang die Ämter der Parteiführung in Kempten Stadt und Land neu besetzt. Anton Brändle aus Altusried erhielt das Amt des Kreisleiters Kempten-Stadt, der Landwirt Georg Schädler aus Niedersonthofen (Bezirk Sonthofen), seit 1932 Mitglied des Landtags und außerdem zeitweilig Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, übernahm die Kreisleitung für den Bezirk. Den Kaufmann Karl Deiring berief Schöpf zum Beauftragten der SA beim Stadtkommissar.²⁵

In den nächsten Tagen schien sich die Diskussion um Merkt zu entspannen. Merkt bekannte sich am „nationalen Tag“ der Reichtagseröffnung, dem 22. 3. 1933, in einer Rede öffentlich zur „nationalen Revolution“. Zugleich wurde der Platz am Jägerdenkmal durch einen fast einstimmigen Beschluß des Stadtrates in „Hitlerplatz“ umbenannt.

Am 4. April 1933 erklärte Merkt dem Stadtrat, er werde sich der NSDAP anschließen, weil ein Bürgermeister, der seiner Stadt restlos dienen wolle, hinter der Regierung, also auch hinter der NSDAP stehen müsse. Ohnehin sei er national gesinnt, das „Soziale“ habe ihn das Bürgermeisteramt gelehrt, und im Hinblick auf die „Rassenhygiene“, vor allem in der Frage der „Sterilisation des hoffnungslosen Erbgutes“, vertrete er die Programmpunkte der Partei. Überhaupt vertraue er mit der NSDAP auf eine bessere Zukunft Deutschlands. Gleichwohl verfügte der SA-Sonderkommissar für Kempten Stadt und Land Karl Deiring auf Anweisung Schöpf's und im Einvernehmen mit dem Innenministerium am 5. April 1933 Merkts Beurlaubung. Den Vorwand dazu gaben angebliche Unregelmäßigkeiten in Sparkassenangelegenheiten. Da Merkt in Kempten isoliert war, nahm er eine Dienstreise, die ihn in seiner Funktion als Kreistagspräsident nach Augsburg führte, zum Anlaß, um bei dem schwäbischen Regierungspräsidenten Graf von Spreti vorzusprechen. Dieser wollte allerdings nicht zu seinen Gunsten bei Schöpf intervenieren. Als Merkt von keiner Seite Unterstützung erhielt, resignierte er und legte am Ende der Kreistagsitzung vom 6. 4. 1933 sein Amt als Kreistagspräsident nieder. Noch am selben Tag nahm ihn die Polizei in Augsburg in Arrest und brachte ihn in das Gefängnis am Katzenstadel.²⁶

Ein Brief, den Merkt an verschiedene Persönlichkeiten der Verwaltung und der NSDAP sandte, informierte den langjährigen Lindauer Bürgermeister, damaligen Finanzminister und bald zum bayerischen Ministerpräsident berufenen Ludwig Siebert über die Gefangennahme. Siebert und Esser erwirkten am 11. 4. 1933 Merkts Freilassung. Dieser hatte sich ja schließlich bereit erklärt, der NSDAP beizutreten. Der Kemptener Oberbürgermeister war aufgrund seiner Beziehungen zu mächtigen Parteifreunden in München nun erneut zur protegierten Persönlichkeit geworden. Daher zögerte der SA-Sonderbeauftragte Ritter von Schöpf nicht,

sofort nach der Entlassung Merkts dessen Beitrittserklärung zur NSDAP zu unterzeichnen. Am nächsten Tag reiste Merkt nach München, wo er von Siebert als zweitem Gutachter die Unterschrift unter seine Beitrittserklärung erhielt. Er mußte jedoch versichern, in der Sparkassenangelegenheit eine „reine Weste“ zu haben. In Telefonaten mit dem Innenministerium und Gauleiter Wahl in Augsburg wies Siebert Merkt daraufhin als eine vertrauenswürdige Person aus und resümierte, „daß er für [ihn] nicht nur die Hand ins Feuer lege, sondern auch den Kopf hinlege“. Merkt solle auf die Liste der Kreistagskandidaten gesetzt, seine Beurlaubung vom Amt des Kemptener Bürgermeisters aufgehoben werden.²⁷ Da Siebert noch am selben Tag die Amtsgeschäfte des bayerischen Ministerpräsidenten übertragen wurden, hatte seine Verwendung für Merkt auch in Zukunft großes Gewicht.

Siebert erließ eine Ministerialbestimmung zur Wiedereinsetzung Merkts. Mit dieser „Rückendeckung“ wurde Merkt trotz lauten Widerspruchs von seiten der lokalen Parteiorganisation, den der SA-Sonderbeauftragte Schöpf widerwillig dämpfen mußte, am 15. April 1933 feierlich wieder in sein Amt eingesetzt. Sturmbannführer und Kreisleiter Anton Brändle — er war inzwischen als Nachfolger von Karl Deiring zum SA-Sonderbeauftragten bestellt worden —, SA und NSDAP nahmen „in harter Disziplin“ die Wiedereinsetzung hin, mit der nach eigener Auffassung „die Bewegung . . . nicht nur im Bezirk Kempten, sondern weit über das ganze Allgäu hinaus z. T. der Lächerlichkeit verfallen“ war.²⁸

Der neue Stadtrat (NSDAP und Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 9 Sitze, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 2 Sitze, BVP 6 Sitze, SPD 3 Sitze), der nach dem Reichstagswahlergebnis unter Ausschluß der KPD zusammengestellt worden war, begann seine Tätigkeit am 29. 4. 1933 mit Beratungen zur Verschönerung des Adolf-Hitler-Platzes, der Umbenennung der Bahnhofstraße in Hindenburg-Straße und der Besprechung des Vorschlags Merkts, Hermann Esser wegen seiner Verdienste um die Stadt die Ehrenbürgerwürde zu verleihen. Bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft am 27. 5. 1933 dann ehrte der in SA-Uniform auftretende Merkt Hermann Esser „als großen Staatsmann und als Wegbereiter der nationalsozialistischen Idee“ im Allgäu, zugleich aber auch die SA und die NSDAP. Wenige Tage zuvor, als am 24. 4. 1933 der neugewählte Kreistag zusammengetreten war, hatte Merkt, der wie vereinbart auf einem sicheren Listenplatz der NSDAP wiedergewählt worden war, einen Sitz im Gremium einnehmen können. Am 12. 5. 1933 wurde seine Stellung mit der erneuten Wahl zum Kreistagspräsidenten gefestigt.²⁹

Doch war der Kompromiß zwischen dem Verwaltungsfachmann und der NSDAP von Dauer? Als zweieinhalb Monate später, Ende Juni 1933, die Kemptener NSDAP-Stadtratsfraktion ihre anfängliche Opposition aufgab und Merkt öffentlich ihr Vertrauen aussprach, ging dies dem SA-Sonderbeauftragten für Schwaben Ritter von Schöpf zu weit. Die SA sollte zu zwei Dritteln in Zivil, zu einem